

# 28. Frühstückszeitung

**WBB** Weingartener  
Bürgerbewegung

Juli 2011

[www.wbb-weingarten.de](http://www.wbb-weingarten.de)

## Traum vom Schwimmerbecken ausgeträumt – große Freibadlösung in weite Ferne gerückt!

Auf der Gemeinderatssitzung am 12. April 2010 war es die allerletzte der letzten Amtshandlungen von Altbürgermeister Scholz: Quasi beim Verlassen des Bürgersaals bekam jedes Gremiumsmitglied als „Abschiedsgeschenk“ das Ergebnis der langersehnten und rund 10.350 Euro teuren Freibadstudie in Form einer 47-seitigen Dokumentation in die Hand gedrückt. Zur Erinnerung: Im Rahmen des 2004 verabschiedeten kommunalen Handlungs- und Entwicklungsprogramms wurde eines der ältesten und denkwürdigsten Freibäder der Region dem Neubaugebiet „Lohmühlwiesen“ geopfert.

Der Traum einer denkbar knappen Gemeinderatsmehrheit vom 19.04.2004 war es, mit den kalkulierten Grundstückserlösen von 2,5 Mio. Euro die 40 Jahre alte Walzbachhalle generalzusanieren und aus den restlichen Erlösen möglichst Teile der Freibadverlagerung zu verwirklichen. Damals votierten die Fraktionen von CDU (7) und FDP (2) sowie der damalige Bürgermeister Scholz für die grundsätzliche Verlagerung. Während

Einzelgemeinderätin Kirchner (Freie Wähler) mit ihrer Enthaltung keine Meinung vertrat, stimmten die Fraktionen der SPD (4), WBB (3) und Grüne Liste (1) gegen den Beschlussvorschlag, der neben der Freibadverlagerung noch zahlreiche andere Grundsatzbeschlüsse beinhaltetete.

Sechs Jahre nach Schließung des 1933 erbauten Freibades erblickt man im Jahr 2011 nun in den Lohmühlwiesen eines der am dichtesten besiedelten Baugebiete Weingartens. Jeder Quadratmeter sollte maximal veräußert werden, trotzdem wartet die Gemeindekasse neben den garantierten 2,5 Mio. Grundstückserlösen vergeblich auf in Aussicht gestellte Mehrerlöse. Mittlerweile wurde die Walzbachhalle qualitativ hochwertig saniert. Allerdings für eine diskussionsfähige Investitionssumme von ca. 3,7 Mio. Euro, wie auch Bürgermeister Bänziger in seinem Wahlkampf mehrfach monierte. Die Finanzierung resultierte neben den Grundstückserlösen aus den Rekordeinnahmen der Gewerbesteuer der Jahre 2007

und 2008, die somit nicht in die Rücklage für ertragsschwächere Haushaltsjahre einfließen. Nun ist das „Tafelsilber“ restlos aufgebraucht und ein gewaltiges strukturelles Defizit, das scheinbar nur für die WBB nicht neu ist, plagt den Weingartener Haushalt.

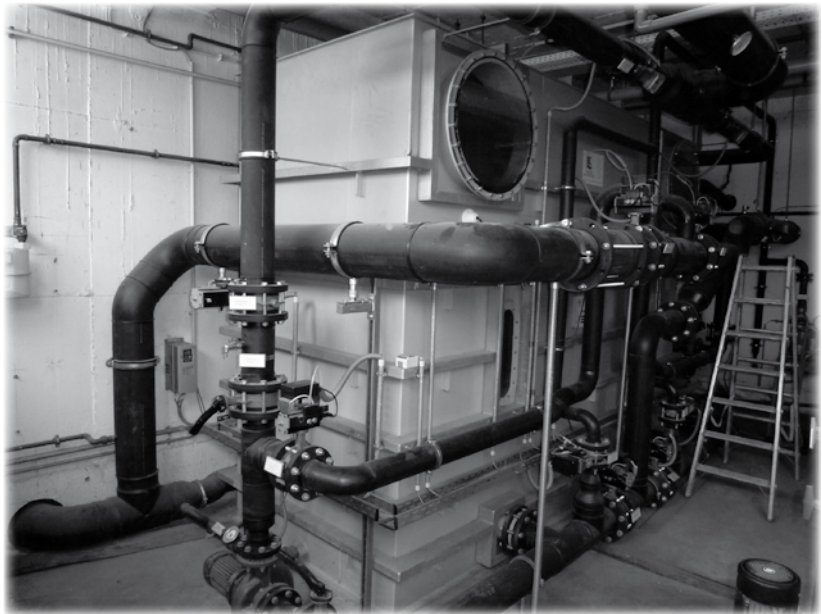
Auf dem neuen Freibadgelände blickt Maskottchen „Emilia“ somit weiterhin traurig auf den weniger gepflegten Teil des Areals, das südlich des Planschbeckens für den Bau eines Schwimmerbeckens vorgesehen ist. Ein neues Freibad



12.07.2011 - 14:50 Uhr: Überwiegend junge Familien mit kleinen Kindern bevölkern die wenig schattenspendende Liegewiese. Die Hoffnung auf ein großes Außenschwimmerbecken ist bei den Gästen immer noch vorhanden.

*Die Filteranlage im Keller der Walzbachhalle stammt aus dem Jahre 2005 und ist ausschließlich für das jetzige Kinderaußenbecken ausgelegt*

ist in äußerst weite Ferne gerückt; diese Einschätzung vertreten (leider erst nach der Kommunalwahl 2009) mittlerweile auch weitere Fraktionen, teilweise auch nur hinter vorgehaltener Hand. Der Grund liegt nicht nur im mehrfach angesprochenen permanent strukturellen Finanzdefizit von mittlerweile jährlich 1,5 Mio. Euro, sondern das Ergebnis der Studie widerlegt auch deutlich eine Argumentationskette, die 2004 zur oben genannten knappen Abstimmung pro Freibadverlagerung führte.



**Von nicht näher untersuchten Synergien im beträchtlichen Ausmaß war die Rede – die Studie beweist jedoch das genaue Gegenteil:**

Fakt ist auf jeden Fall die Notwendigkeit eines neuen Filter- und Technikgebäudes einschließlich eines neuen Chlorgasraumes. Der Baugrund benötigt neben einer Flächendrainage zusätzlich eine teure Bohrpfehlgründung. Weiter erforderlich ist der Bau einer neuen Technikzentrale, die Schalt- und Steuerschränke beinhalten. Von der Minimallösung mit 400 m<sup>2</sup> Wasserfläche bis zur 1.000 m<sup>2</sup> Variante mit Sprungbecken wurden vier Optionen näher untersucht. Die reinen Baukosten (Stand 01/2010) betragen zwischen 2,3 und 4,0 Mio. Euro. Zu den bestehenden Ausgaben für das bisherige Bad folgen weitere jährliche Betriebskosten, je nach Variante zwischen 60.000 und 100.000 Euro. Als Gegenfinanzierung wäre eine exorbitant steigende Besucherzahl nötig, jedoch fehlt hierfür laut Studie das Umlandpotenzial. Weitere Folgekosten für das erforderliche zusätzliche Personal sowie die Aufwendungen für den Kapitaldienst (Abschreibung und Verzinsung) sind hinzuzuzählen. Das Hallenbad selbst befindet sich trotz der zeitlichen Spanne zur letzten Generalsanierung Anfang der 90-iger Jahre in einem relativ guten Zustand. Die Studie besagt aber auch, dass für das Hallenbad in den nächsten 8 bis 15 Jahren 1,1 Mio. Euro an Projektkosten veranschlagt sind.

Angesichts dieser sicherlich nicht überzogenen

Zahlen für Baukosten und Betrieb des „neuen Freibades“ und den unrealen Verwirklichungsszenarien fragt sich die Fraktion der WBB, ob es nicht langsam an der Zeit ist, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken und den Traum einer neuen Bäderlandschaft endgültig zu begraben. Oder gibt es von den massiven Befürwortern der Freibadverlagerung und gleichzeitigen Schließung des bisherigen Bades rechtzeitig vor den nächsten Kommunalwahlen im Juni 2014 neue (Finanzierungs-) Ideen, wie dieser Traum und diverse Versprechungen an die Bevölkerung doch noch verwirklicht werden können?

Auch die WBB gönnt der Bevölkerung ein neues Bad und würde sich gerne in die Reihe der Optimisten einreihen, die möglicherweise als Fehlentscheidung resultierende Schließung des alten Bades ist ohnehin nicht mehr umkehrbar. Zu unserem Verständnis des mittlerweile auch auf Landesebene viel diskutierte „neuen Politikstils“ gehört jedoch auch, unabhängig von Wahlen, die Wahrheit zu sagen, dass die Gemeinde sich solche Prestigeobjekte definitiv nicht mehr leisten kann, sollten von Bund und Land nicht gänzlich neue Finanztransaktionen zugunsten kommunaler Haushalte gesetzlich geregelt werden. Das sagten wir deutlich und sicherlich nicht zu unserem Vorteil vor der Kommunalwahl 2009 und wiederholen dies wohl vor der nächsten Wahl 2014, auch wenn es nicht angenehm ist.

Vielleicht schließen sich andere Fraktionen an?

*Timo Martin*

## Lösungen für Wochenendhausgebiete „Effenstiel“ und „Gehren“

Mit Verwunderung reiben sich seit langem Einheimische und Besucher die Augen, wenn sie durch die beiden Wochendgebiete in den Gewannen „Effenstiel“ und „Gehren“ gehen.

Dem Zeitgeist folgend hatte man in den 60-er Jahren auch in Weingarten zwei Sondergebiete nach dem Baurecht zur Errichtung von Wochendhäusern ausgewiesen. Die kleinen Häuschen mit bis zu 30 qm Grundfläche sollten Erholungssuchenden die Möglichkeit bieten, vom Stress der Woche etwas Abstand zu gewinnen oder auch in der Urlaubszeit ein paar gemütliche Tage zu verbringen.

Eine große Zahl der Nutzer hatte sich zunächst daran gehalten. Inzwischen hat sich jedoch in beiden Gebieten einiges verändert. Längst ist aus manchem Wochenendhäuschen ein veritables Anwesen geworden und das eine oder andere Domizil erfreut sich einer Dauerwohnnutzung.

Dieses muntere Treiben, das keineswegs der Gebietssatzung entspricht, wurde von vielen Gemeinderäten schon seit einiger Zeit kritisch betrachtet. Mit dem Beschluss über einen Interfraktionellen Antrag von FDP, Grüner Liste, SPD und WBB wurde in der Gemeinderatssitzung vom 25.01.2010 die Verwaltung beauftragt, das Gremium über die bestehenden Bauvorschriften

Um einen Überblick über die eifrigen Bautätigkeiten zu gewinnen, waren natürlich aufwändige Bestandsaufnahmen durch das Landratsamt notwendig.

Das Ortsbauamt leistete hier eine sorgfältige Arbeit, die im Gemeinderat besonders lobend hervorgehoben wurde.

Nach diesem ersten wichtigen Schritt soll nun entsprechend dem Gemeinderatsbeschluss die rechtliche Situation durch Fachleute des Landratsamtes geprüft und im Gemeinderat erläutert werden. Insbesondere sollen auch Konsequenzen dargestellt und Wege aufgezeigt werden, wie künftig mit solchen Gebieten umgegangen werden soll. Hierbei müssen auch Themen wie Wasserversorgung, Abwasser, Müllentsorgung, Stromversorgung und Besteuerung angesprochen werden.

Als abschließender Schritt soll nach dem Willen der Gemeinderatsmehrheit die Satzung über die Sondergebiete überarbeitet werden, um zu verhindern, dass unkontrollierte Bautätigkeiten in Verbindung mit Dauerwohnverhältnissen im bisherigen Stil weiter geduldet werden. *Hans-Martin Flinspach*



sowie die erfolgten Genehmigungen in Bezug auf tatsächlich stattgefundene Baumaßnahmen zu informieren. Lösungsansätze gegen massive Satzungsverstöße sollen ausgearbeitet werden. Leider konnte sich die CDU-Fraktion damals nicht dazu durchringen, dem gemeinsamen Antrag beizutreten.

*Rege Bautätigkeiten zwingen zum Handeln: unzulässige Materiallagerungen auf Waldböden, dreistöckige Anwesen oder Briefkästen (u.a. Aufschrift „hier wohnen...“) lassen auf eine nicht satzungskonforme Dauerwohnnutzung schließen, für die bisher keine entsprechende Steuern und Abgaben entrichtet wurden. Unterkellerungen und Tiefgaragen (!) erreichen mittlerweile alleine Flächen über 100m<sup>2</sup>. Glanzziegel, grelle Hausfassaden oder eine 10 Meter hohe Gambionenwand sind nicht gebietstypisch.*

## Meisterprämie für Germanen: Traurige Politikposse auf dem Rücken eines Vereins

Kommunalpolitisch schien es im Frühjahr nur ein Thema zu geben, das sämtliche Bevölkerungsschichten scheinbar tief berührte: Die von CDU, SPD und der damaligen Freien Wählerin Kirchner gemeinsam beantragten Prämie in Höhe von 10.000 € für die Deutsche Ringermannschaftsmeisterschaft zugunsten des SV Germania. Der Ratssaal war bei der öffentlichen Entscheidung mit ca. 40 Besuchern bis auf den letzten Platz gefüllt. Im krassen Gegensatz hierzu stand das öffentliche Interesse der Haushaltsverabschiedung, der lediglich acht Personen aus dem überwiegend politischen Umfeld beiwohnten, obwohl dieser Ratsbeschluss die eigentliche künftige Perspektive der Gemeinde- und Schuldenentwicklung aufzeigt.

Wieso diese augenfällige Unverhältnismäßigkeit? War der Antrieb tatsächlich die Angst einiger Vereinsvertreter, nur minder berücksichtigt in den Genuss öffentlicher Steuergelder zu kommen, oder wie in diversen Boulevardzeitungen gar gemutmaßt, aufgrund „Neid und Missgunst“ einem erfolgreichen Verein gegenüber? Man könnte auch unterstellen, der Tagesordnungspunkt bot eine reale Chance, die Glaubwürdigkeit der Fraktionen in Bezug auf deren vielfach proklamierten Sparappelle („Wir müssen den Gürtel enger schnallen“) zu überprüfen.

Letztlich war es egal, wie man als Ratsmitglied dem Antrag gegenüberstand - es konnte durch die unsensible Vorgehensweise und späteren teilweise rufschädigenden Interpretationen mancher der oben genannten Fraktionen eigentlich nur Verlierer geben. Größter Verlierer war der SV Germania selbst, auf dessen Rücken eine regelrechte kommunalpolitische Posse ausgetragen wurde.

Verhindert hätte dies nach Ansicht der WBB-Fraktion eine vorherige Aus- und Absprache im Ältestenrat, dem Gremium der Fraktionsvorsitzenden. Eine einheitliche Vorgehensweise des Gremiums hätte auch den Eindruck verhindert, dass das „Füllhorn der Wohltätigkeiten“ aus nicht vorhandenen Steuergeldern im Vorfeld der im Landtagswahlkampf befindlichen Fraktionen und Personen besonders strapaziert wird.

Es gibt viele Argumente, die unabhängig von der miserablen kommunalen Haushaltslage pro oder contra Prämie herangezogen werden können. Dann müsste sich der Gemeinderat mal grundsätzlich über Prämien für

die Bereiche Sport, Kultur und Kunst unterhalten, und zwar zu einem Zeitpunkt, in der nicht ein Siegerpokal oder eine ausgelassene Meisterfeier die Sinne für die Verantwortung von Steuergeldern vernebelt.

Ausschlaggebend für die Ablehnung der WBB war im Zuge der Haushaltskonsolidierung die Streichung diverser Freiwilligkeitsleistungen in Höhe von über 500.000 € (!) sowie die Tatsache, dass der Verein sich in keiner existentiellen Notlage befindet. Diese Einsparungen, verbunden mit diversen kräftigen Gebühren- und Steuererhöhungen bekommen alle Bürgerinnen und Bürger aber auch die Vereine mittelbar kräftig zu spüren. „Man kann angesichts der desaströsen Haushaltslage nicht anderen etwas wegnehmen und gleichzeitig einem ohnehin schon begünstigten Verein weitere öffentliche Gelder zukommen lassen“, so die WBB-Fraktionsvorsitzende Bettina Lichter in der Fraktionsstellungnahme.

Dieser Argumentation schloss sich Bürgermeister Bänziger weitestgehend an, der übrigens als einziges Ratsmitglied neben der WBB jegliche Prämie ebenso verantwortungsbewusst ablehnte. Nebenbei sei erwähnt, dass der SV Germania durch die Vereinsförderrichtlinien jährlich ohnehin bereits über 5.000 € Bundesligazuschuss erhält, was sich in den Jahren der Bundesligazugehörigkeit auf über 60.000 € summiert. Zu dieser Summe kommen noch Jugendzuschüsse nach den Richtlinien der Vereinsförderung hinzu.

In den nachfolgenden Wochen bekam die WBB für Ihre Entscheidung sehr viel Zustimmung (überraschend auch aus Ringerkreisen), jedoch auch massive Vorwürfe zu hören. Wieso kann man eine mehr als ausführliche Begründung nicht einfach akzeptieren? Die in der Wählergunst angeschlagene SPD setzte noch einen drauf und publizierte die Unterstellung, dass das Verhältnis zwischen WBB und Germanen trotz der in der Bevölkerung mehrheitlich unterstützten Ablehnung scheinbar endgültig zerrüttet sei.

Eigentlich bedarf dies keiner Erwähnung, sei aber an dieser Stelle trotzdem gesagt: Vorstands- und Fraktionsmitglieder der WBB leisteten (ohne Germania-Mitgliedschaft) in den beiden auswärtigen Endkämpfen in Bretten und Karlsruhe über 30 freiwillige Arbeitsstunden.

Von den Antragsstellern, die zum Teil sogar SVG-Vereinsmitglieder sind, war bei diesen Einsätzen leider keiner zu sehen. Hier wäre Gelegenheit gewesen, die

großartige Leistung des Gesamtvereins SV Germania mit eigener Tatkraft statt fremden Steuergeldern zu würdigen.

*Timo Martin*

## Kinderbetreuung ursächlich für Haushalts-Dilemma

Nach Jahren, in denen unser Verwaltungshaushalt Überschüsse abwarf, tat sich für das Jahr 2011 der Gemeinderat schwer, eine „negative Zuführung“ zum Verwaltungshaushalt, also höhere Gemeindeausgaben als Einnahmen, zu beschließen.

Was war geschehen?

Fast zeitgleich mit sinkenden Steuereinnahmen aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise stiegen durch neue Leistungsgesetze des Bundes die Kinderbetreuungskosten im Wesentlichen durch die Kleinkindbetreuung auf neue Höchststände.

Die Ausweitung der Kinderbetreuung war politisch gewollt. Ziel ist es, Berufstätige ohne Betreuungsmöglichkeit ihrer Kinder durch kommunale, kirchliche oder private Einrichtungen bei der Berufsausübung zu unterstützen.

Natürlich entstehen hier neue Kosten; da jedoch Bund und Land als Verursacher der Neuregelung sich der Kostenerstattung weitgehend entziehen, und man zugleich für die Eltern/Mütter nur eine Eigenbeteiligung von ca. 20 % für zumutbar hält, bleibt der Löwenanteil dieser Kosten an der Gemeinde hängen; fast allen anderen Städten und Gemeinden geht es genauso, Weingarten ist da kein Einzelfall.

Wenn manche behaupten, diese Kosten einfach

„abschaffen“ zu können, indem das Land sie bezahlt, so ist das nicht ganz richtig, denn Landesgelder sind ebenfalls unsere Steuergelder. Nur sind die Städte und Gemeinden als Leistungsträger auch nicht annähernd in der Lage, die Kostensteigerungen weitestgehend aus ihren eigenen Haushalten zu bezahlen; ursprünglich war eine Kostenverteilung auf Bund, Länder und Gemeinden von je ca. 1/3 vorgesehen, die Landeszuweisungen für die Städte und Gemeinden sind davon aber weit entfernt, und so entstehen landauf, landab riesige Defizite in den Kommunalhaushalten.

Was unsere Gemeinde angeht, so muss der Gemeinderat nun versuchen, aus dem Minus im Verwaltungshaushalt herauszukommen, indem er durch schmerzhaftes Einschnitte an anderer Stelle möglichst wenig Leistungen reduziert, oder die Einnahmeseite durch Gebührenerhöhung verbessert. Ein Ausgleich durch Schuldenerhöhung wäre zumindest für die WBB-Fraktion keine Lösung.

Ein solcher finanzieller Kraftakt geht nur, wenn wir uns alle (!) auf allernotwendigste Ausgaben beschränken, und keine neuen, nicht zwingend notwendige Ausgaben beschließen. Die WBB ist dazu bereit, aber ohne Unterstützung durch die anderen Fraktionen wird es nicht gelingen.

Auch die notwendigen Investitionen dürfen nicht ständig kreditfinanziert werden, sie würden unsere Verschuldung und damit unsere Zinsbelastung nur weiter erhöhen.

Wir hoffen natürlich darauf, dass die der Gemeinde anteilig zufließenden Steuereinnahmen wieder auf das alte Niveau steigen; der dadurch entstehende finanzielle Spielraum darf aber nicht zu weiteren Ausgaben verleiten, sondern sollte zuerst der Entschuldung dienen.

*Hans Barth*



Nur 20 Jahre nach der Errichtung des ursprünglich für die Aufnahme von Asylbewerbern und Obdachlosen konzipierten Gebäudes wurden weitere 350.000 € in den Umbau zur KiTa investiert



## ... nihil, nisi bene

Über Vergangenes soll man nur Gutes sprechen – rät diese alte lateinische Weisheit, die sich von der Römerzeit über 2000 Jahre lang bis in unsere Tage erhalten hat. Es ist auch in unserer Gesellschaft durchaus üblich, Vergangenes ruhen zu lassen und nicht posthum wieder auszugraben.

Die CDU Weingarten (Baden)<sup>1</sup> publizierte im Oktober 2010 ein Interview als Rückblick auf die 25-jährige Amtszeit von Altbürgermeister Scholz in Weingarten. Ein konkretes Thema war dabei die WBB:

**Frage an Herrn Scholz:** „Nicht historisch gewachsen ist die Gründung der WBB (Weingartener Bürgerbewegung). Sie fällt in deine Amtszeit und hat deine Arbeit bestimmt nicht vereinfacht, zumal sich die WBB den Bürgermeister als „Feindbild“ ins Stammbuch geschrieben hat! Die WBB müsste sich ja jetzt auflösen, nachdem der „Feind“ jetzt im Ruhestand ist! Wie bewertest du diesen politischen Vorgang heute mit einigem Abstand zur aktiven Arbeit?“<sup>1</sup>

**Antwort:** „Mit dem Auftreten der WBB wurden plötzlich Emotionen geschürt, erst gegenüber Gemeinderäten, später wurde auch der Bürgermeister Zielscheibe persönlicher Angriffe, was es so vorher nicht gab. Die Gemeindeordnung gibt eine Zusammenarbeit aller Gemeinderäte und des Bürgermeisters zum Wohle der Bürger vor; sie kennt keine Regierung und keine Opposition im Gemeinderat! Die WBB dagegen geriert sich sehr op-

portunistisch als Opposition und betreibt damit eigentlich Obstruktion an der gedeihlichen Entwicklung der Gemeinde. Erinnern Sie sich noch an Stimmungsmache und die Unterschriftenaktion der WBB gegen die Rathausplatzgestaltung im Zuge der Ortskernsanierung?“<sup>1</sup>

Tatsächlich war die Gründung der WBB eine Reaktion auf die große Unzufriedenheit mit den kommunalpolitischen Zuständen in Weingarten im Jahr 1994 – und etwa ¼ der Weingartener haben die WBB bei der letzten Kommunalwahl im Jahr 2009 gewählt.

Auch ein CDU-Mitglied sowie eine Reihe von WBB-Mitgliedern sammelten damals im Jahr 1997 gemeinsam insgesamt 777 Unterschriften gegen die vorgesehene Art der Rathausplatzbebauung als ein Zeichen der Basisdemokratie und übergaben sie dem damaligen Bürgermeister.

Die WBB betrachtete schon immer die Meinungs- vielfalt als Grundlage der politischen Willensbildung, gerade auch im kommunalen Bereich. Wer dies als opportunistische Opposition mit Verschleppungstaktik und Störung der Gemeindeentwicklung versteht, hat unserer Ansicht nach ein falsches Demokratieverständnis.

Tempora mutantur – die Zeiten ändern sich. Wie wahr, seit dem Amtswechsel im Rathaus!

*Dr. Gabriele Wiegand*

<http://www.cdu-weingarten.de/aktuell/items/interview-mit-buergermeister-a-d-klaus-dieter-scholz.html> vom 22.10.2010



## Die öffentliche Bedürfnisanstalt

Mit dem Bau der Abwasserentsorgungskanäle Anfang des letzten Jahrhunderts geriet die Verbreitung öffentlicher Toiletten so sehr in Mode, dass sogar manch architektonisches

Meisterwerk zum reinen Zweck des Austretens erschaffen wurde. Lange bevor jedermann sich einen solchen Luxus in den eigenen vier Wänden leisten konnte, sorgten die öffentlichen Bedürfnisanstalten für saubere, geruchsfreie Plätze und Strassen.

Selbstverständlich ist heute das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Toiletten zahlenmäßig umgekehrt. Da der Betrieb öffentlicher Toiletten sehr

kostspielig ist, fallen sie oft Einsparungen zum Opfer. Sogar am Bahnhof besitzt Weingarten seit Schließung des Bahnhofgebäudes kein stilles Örtchen mehr. Ein Manko finden viele Bürger. Der Gedanke, dort Abhilfe zu schaffen, wurde zwar alle paar Jahre erneut im Gemeinderat beratschlagt, aber jedes Mal aus Kostengründen wieder verworfen. Genauso erging es auch dem vor allem von Vereinen immer wieder geäußerten Wunsch, in der Nähe des Rathausplatzes für diverse Festivitäten ein WC zu betreiben.

Umso erstaunter vernahm die WBB-Fraktion in der Diskussion um den Nachtragshaushalt von Bürgermeister Bänziger im Frühjahr 2010, dass unter

*Sozialgebäude für Werksverkehr oder stilles Örtchen für die Weingartener Bevölkerung?*

dem Haushaltsposten „öffentliche Einrichtungen der Gemeinde“ im Jahr 2009 außerplanmäßig 10.000 € für eine öffentliche Toilette ausgegeben wurden. Ist da etwas an uns vorbeigegangen? Denn nach der Hauptsatzung der Gemeinde darf eine außerplanmäßige Ausgabe über 5.000 € nur vom Gemeinderat beschlossen werden.

Die nächste interessante Frage wäre, wo sich dieses neue Klo befindet. In der „Turmberg-Rundschau“ war nichts zu lesen und im ganzen Wohngebiet findet sich auch nichts. Nur die FDP hat mit ihrem Antrag auf Einrichtung der „Netten Toilette“ einen Lösungsansatz für die fehlenden öffentlichen WCs geliefert. Gegen eine von der Gemeinde bezahlte Entschädigung in Höhe von monatlich 30 Euro bieten Gastwirte, die an der Aktion teilnehmen, ihre Toiletten auch der Öffentlichkeit an.

Wo auf unserer Gemarkung wäre die Einrichtung einer öffentlichen Toilette sinnvoll? Eigentlich nur dort, wo sich größere Menschenströme bewegen. Also am Baggersee, in der Ortsmitte oder im Moor. Auch entlang des Weinlehrpfades oder am Abenteuerspielplatz wäre eine solche Einrichtung sicher nicht fehl am Platz. Vergeblich jedoch sucht man an den genannten Orten ein neues Örtchen.



Wo also befindet sich die neue öffentliche Bedürfnisanstalt?

Des Rätsels Lösung: am Ende der Kleiberit-Straße vor den Werkstoren der Firma Klebchemie! Sozusagen kurz bevor sich Fuchs und Hase gute Nacht sagen. Gebaut für die ankommenden Lastwagenfahrer des Zulieferverkehrs. Am Gemeinderat vorbei wurde von der damaligen Verwaltung Mitfinanzierung in erheblicher Höhe betrieben.

Konsequenterweise lehnte die WBB-Fraktion im Gegensatz zu allen anderen Fraktionen deshalb den Nachtragshaushalt 2010 ab, weil eine nachträgliche Legitimation dieses „Zuschusses“ durch Zustimmung zu diesem Zahlenwerk für uns nicht in Frage kam.

*Bettina Lichter*

## Die unendliche Geschichte des Bahnübergangs „Häcker“

Erinnern Sie sich an den Besuch von Heribert Rech? In einer Sitzung mit dem Weingartener Gemeinderat am 11.10.2005 kündigte der damalige Verkehrsminister Rech (CDU) öffentlichkeitswirksam an, bis 2008 könne realistisch mit der Beseitigung des Bahnübergangs Häcker gerechnet werden. Immerhin wurden der Bevölkerung und dem Gemeinderat am 09.07.2008 vom Regierungspräsidium vier dafür in Frage kommende Planungsvarianten vorgestellt.

Nur eine der Varianten sieht allerdings die von allen Fraktionen gewünschte Straßenführung unter den Bahngleisen vor. Eine formelle Beschlussfassung darüber war damals jedoch nicht vorgesehen. Seitdem wurde das Thema nicht mehr auf der Tagesordnung einer Gemeinderatssitzung behandelt. Inzwischen wird die sogenannte Umweltverträglichkeitsstudie durchgeführt, weswegen Schweigen im Walde herrscht.

Das bedeutet nicht unbedingt Gutes, denn nach aktuellem Kenntnisstand scheint das Regierungspräsidium lediglich mit der Brückenvariante zu planen.

Deshalb hat die WBB-Fraktion im Zusammenhang mit ihrer Haushaltsrede einen Antrag eingereicht, um Bürgermeister Bänziger mittels Gemeinderatsbeschluss mit dem Handlungsauftrag auszustatten, offiziell gegenüber den maßgeblichen übergeordneten Behörden und der Presse zu erklären, dass unsere Gemeinde keinesfalls bereit ist, eine Brücke der L 559 über die Bahnlinie zu akzeptieren. Alle Fraktionen hatten ja bereits im Juli 2008 einmütig erklärt, ausschließlich der Tunnelvariante zuzustimmen.

So kann möglicherweise verhindert werden, dass für wertvolles Steuergeld ein Projekt geplant wird, mit dem die Gemeinde nicht einverstanden ist und am Ende vor vollendete Tatsachen gestellt wird - so die Gedanken der

WBB-Fraktion bei der Formulierung des Antrages.

Leider mussten die WBB-Gemeinderäte bei dieser Gelegenheit eine neue Dimension der Konfrontation erfahren. Der Antrag wäre nämlich trotz inhaltlicher Übereinstimmung mit den anderen Fraktionen nicht beschlossen worden, weil die SPD ihre Ablehnung ankündigte und darüber hinaus sogar die Absetzung des WBB - Antrags von der Tagesordnung beantragte. Dies wäre zwar rechtlich gar nicht zulässig gewesen, aber auch die anderen Fraktionen schlossen sich dem Verlangen der SPD an aus reiner Befürchtung, die WBB könnte bei einer Zustimmung aller daraus „Vorteile“ ziehen.

Einzig um negative Folgen für den Ort zu verhindern, zog die WBB-Fraktion den Antrag von der Tagesordnung zurück. Mit einer fast gleichlautenden Beschlussvorlage wurde das Thema dann im Juli erneut auf die Tagesordnung gebracht. Diesmal „neutral“ von der Gemeindeverwaltung, wodurch plötzlich keine Fraktion ein Problem mit der Zustimmung hatte.

Nun sind Anträge selbstverständliche demokratische Mittel politischen Handelns im kommunalpolitischen Raum. Sie stehen im Wettbewerb zueinander, finden

Mehrheiten – oder auch nicht. Wenn nun Fraktionen, entgegen ihren früheren Äußerungen, das Gegenteil äußern, und sei es nur durch Ablehnung eines ihrer früheren Meinung entsprechenden Antrags, so betrifft das nur ihre persönliche Glaubwürdigkeit.

Wer dagegen mit solchen Äußerungen in Kauf nimmt, insbesondere gegenüber dem Regierungspräsidium in einer für die Gemeinde zentralen Frage den Eindruck einer gespaltenen Meinung des Gemeinderats zu erwecken und damit möglicherweise schwerwiegende Folgen riskiert, der muss sich die Frage gefallen lassen, ob er auf diese Weise wirklich dem Wohl der Gemeinde dient.

*Bettina Lichter & Hans Barth*



*LKW-tauglich muss die neue Unterführung auf jeden Fall sein*

## Landtagswahl: Bären dienst am eigenen Genossen?

Die Enttäuschung bei den Genossen war groß, dass möglicherweise ausgerechnet der Heimatort des SPD-Wahlkreis kandidaten Wehowsky den Ausschlag gab, dass im neuen grün-roten Regierungslager kein Weingartener Abgeordneter mehr sitzt.

Lediglich 27,3 % der Weingartener Wähler votierten für den Lokalmatador, während im Landesschnitt sämtliche Kandidaten in ihren Heimatkommunen in der Regel deutlich über 35% für sich verbuchten. Ganz nach dem Vorbild der großen Politik sucht man selten nach Fehlern und Versäumnissen in den eigenen Reihen.

Bereits nach der Kommunalwahl 2009 führte Wehowsky als damaliger Ortsvereinsvorsitzender der SPD das schlechte Abschneiden seiner auf 17,9 % stagnierenden Partei auf einen angeblich unsachlichen und unfairen Wahlkampf der Bürgerbewegung zurück (siehe auch Presseberichte zur Kommunalwahl 2009 im Pressespiegel

der WBB-Homepage). Damit unterstellte er indirekt dem Wahlvolk und damit gleichzeitig einem Viertel der Weingartener Wähler, nicht objektiv nach Sachargumenten wählen zu können. Erstaunt und vielleicht auch bestätigt registrieren die Wähler nun nach der Landtagswahl eine fragwürdige Internetbotschaft des nicht mehr gewählten Kandidaten Wehowsky (Wortlaut siehe Kasten).

Für den objektiven Betrachter kam das Wahlergebnis hingegen eher wenig überraschend. Vielleicht wäre in der Vergangenheit doch mal etwas mehr Selbstkritik nötig gewesen, um die Sachlichkeit und Qualität der eigenen Kommunalpolitik zu überprüfen.

Populistische Gemeinderatsanträge wie die Beitragsfreiheit unserer Kindergartenplätze oder Anträge auf großzügige Spenden in fünfstelliger Höhe – bei bekanntem jährlichem Defizit von 1,5 Mio. € – sind ohne Vorschläge einer Gegenfinanzierung unseriös und für den Wähler



Zitat MDL Wehowsky in facebook am 8.4.2011 (21:21 Uhr):

„Noch immer bin ich sauer über mein Wahlergebnis in Weingarten. Da es nicht mehr rückgängig zu machen ist, fehlt mir irgendwie die Motivation, mich jetzt mit der mir eigenen Energie für die Belange einer Gemeinde einzusetzen, deren Bürger mir leichtfertig und interessenlos die Türe vor der Nase zugeschlagen haben. Gerade heute hätte man einen Abgeordneten der SPD im Wahlkreis Bretten mehr denn je benötigt.“

in der aktuellen Situation schlicht ungläubwürdig.

Als wahrer „Bärendienst am eigenen Genossen“ darf jedoch die Rolle des eigenen

SPD-Ortsvereins und der SPD-Gemeinderatsfraktion bezeichnet werden, der er selbst vorsteht. In der örtlichen SPD-Publikation „die Brücke“ findet der Leser eher weniger fundierte oder recherchierte Sachthemen. Stattdessen wurden lieber fragwürdige Stilmittel wie ein offener Brief gegen den vor Jahresfrist noch unterstützten Bürgermeister bevorzugt, gepaart mit Sammelsurien diverser Unterstellungen und pauschalen Verunglimpfungen gegen die Bürgerbewegung (Beispiel

„Brücke“ Nr. 40 vom März 2011). Wenn diese Botschaften in der jüngsten Ausgabe der „Brücke“ eine Woche vor der Landtagswahl publizistische Prioritäten genießen, dann darf man sich selbst als SPD-Anhänger nicht wundern, wenn ein aus dem Jahre 2009 ermitteltes WBB-Wählerpotenzial von knapp 25% sich indirekt angesprochen oder gar beleidigt fühlt und in der Folge möglicherweise ihr Kreuz an anderer Stelle macht.

Somit bleibt der CDU-Politiker Ernst Kühnle, der in den Jahren zwischen 1964 bis 1976 im Landtag war, der einzige tatsächlich gewählte, nicht nachgerückte und mehrfach bestätigte Landtagsabgeordnete, der als Weingartener in dieser Funktion einen Platz in der Geschichte unseres Heimatdorfes erhält.

Zumindest wir haben nicht das Gefühl im Stuttgarter Parlament nicht ausreichend vertreten zu sein.

*Hans Martin Flinspach & Timo Martin*



Im Turmzimmer des Rathauses versammelten sich Anfang April 2011 zahlreiche Interessierte, um sich über den demographischen Wandel und seine Folgen für Weingarten zu informieren. Die WBB hatte als Fachreferenten Herrn Dr. Sebastian Wilske gewinnen können. Er ist Stellvertretender Leiter des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein und verfügt über profunde Kenntnisse zu diesem Thema, das alle betrifft und schon jetzt für die nächsten 20 bis 40 Jahre zu einem generellen Umdenken führen muss.

In seinem äußerst anschaulichen und hervorragend verständlichen Vortrag zeigte Dr. Wilske eindrücklich, dass sich bis zum Jahr 2050 die Lebenserwartung auf 84 und 88 Jahre erhöhen wird, bei gleichzeitigem Rückgang der Geburtenzahlen. Insgesamt werde bis 2030 ein Bevölkerungsrückgang in der Region „Mittlerer Oberrhein“ um ca. 2,75% erwartet, während für andere Bereiche Baden-Württembergs durchaus bis zu ca. 6 % prognostiziert werden.

## Der Demographische Wandel und seine Folgen für Weingarten

Eine Informations- und Podiumsveranstaltung der WBB

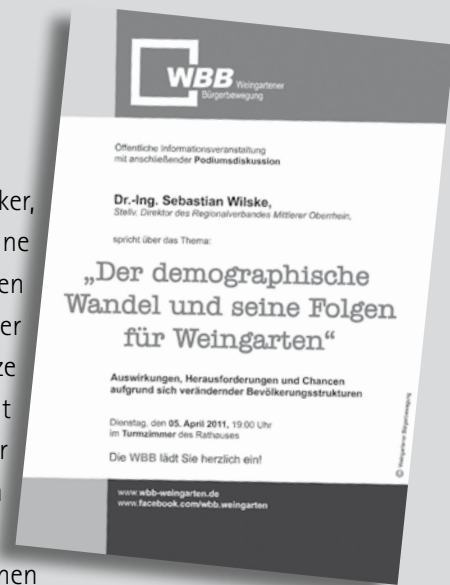
Für die Entwicklung der so genannten „Alterspyramide“ (siehe Grafik) sei Weingarten, so Dr. Wilske, ein Paradebeispiel innerhalb der Region. Während heute der „Bauch“ bei den 40- bis 50-Jährigen liege, werde sich dieser bis 2030 logischerweise dann zu den 60- bis 70-Jährigen verschieben. Kurz gesagt, werde Weingarten in 20 Jahren ca. 2.500 Einwohner im Alter zwischen 60 und 80 Jahren haben, also etwa 25% der Bevölkerung. Hinzu kämen ca. 500 Personen über 80 Jahre. Auf einen Erwerbstätigen komme dann ein Nichterwerbstätiger. Daher würden sich aus dieser demographischen Entwicklung heraus ganz andere Anforderungen ergeben, da dann die Mehrheit der Haushalte nicht mehr aus Familien mit Kindern, sondern aus Singles, kinderlosen Paaren und den so genannten „Jungen Alten“ im Alter von 55+ bestehen würden. Daraus würden sich logischer Weise ganz andere Anforderungen an Wohnbau, Infrastruktur und Versorgung ergeben. Im Anschluss an den Fachvortrag von Dr. Wilske fand eine

Podiumsdiskussion statt, für die außer dem Vortragenden noch Sigrid Kopf, Pflegedienstleiterin der Sozialstation Stutensee-Weingarten, Bürgermeister Eric Bänziger, sowie der Geschäftsführer der ESB Kommunalprojekte AG Dr. Thomas Dopfer gewonnen werden konnten. Für die WBB sprach Gemeinderat Hans-Martin Flinspach auf dem Podium. Max Barth, Journalist und Geschäftsführer von Baden-TV, moderierte die gesamte Veranstaltung sehr ansprechend und professionell.

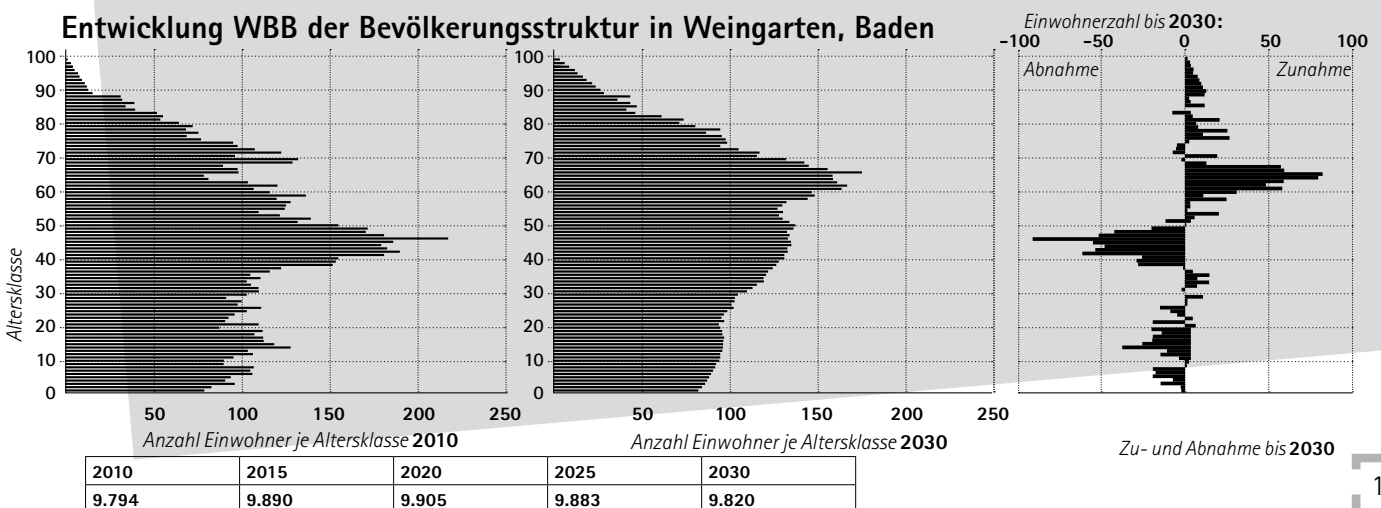
Aufgrund der dargestellten demographischen Entwicklung würden zukünftig die Themenbereiche „Wohnen“, „Versorgung“ und „Pflege“ eine zentrale Rolle einnehmen. Künftig würden laut Sigrid Kopf mehr Pflegeleistungen aufgrund der erwarteten Überalterung benötigt werden, wofür sowohl Fach- als auch Hilfspersonal in ausreichender Anzahl benötigt wird. In direktem Zusammenhang stehe auch ein sich wandelnder Bedarf im Wohnen, und zwar an Wohnraum, der dann nicht mehr primär durch Neubaugebiete am Ortsrand, sondern durch Gestaltung im Innenbereich des Ortskerns zu sehen sei, so Dr. Dopfer. Baulücken sollten sinnvoll geschlossen werden, ggf. müsse die Gemeinde in die Rolle eines „Zwischenerwerbers“ schlüpfen. Ganz wesentlich sei hierbei, dass ältere Menschen gern so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben möchten, wie Sigrid Kopf erläuterte, und die heutigen Wohnungen dafür häufig denkbar ungeeignet seien. Auch hier werde in den nächsten Jahren ein gestalterisches Umdenken stattfinden müssen. Die Infrastruktur müsse dann ebenfalls stärker den Bedürfnissen und Erwartungen älterer Menschen an Dienstleistungen angepasst werden, wobei die Grundversorgung z.B.

durch Arzt, Apotheke, Bäcker, Metzger, Getränkeanbieter eine ebenso wichtige Rolle spielen würde wie die Angebote in der Freizeitgestaltung. Das Ganze müsse dann zentral und gut erreichbar sein. Bürgermeister Bänziger beklagte in diesem Zusammenhang das Fehlen eines zentral gelegenen Ärztehauses. Er sehe einen zunehmenden Bedarf im Bereich „Betreutes Wohnen“. Die Gemeinde Weingarten werde die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum in der Ortsmitte unterstützen. Weiterhin rechnet er mit mehr Leerständen als heute und Abbruch von Häusern, die energetisch nur sehr aufwändig zu sanieren seien. WBB-Gemeinderat Hans-Martin Flinspach bestätigte dies, sieht aber eine große Chance zukünftig darin, auch in zweiter Reihe Baulücken zu füllen und sich künftig mehr der barrierefreien Bauweise zuzuwenden. Auch junge Menschen könnten gut in barrierefreien Wohnungen leben. Wenn sie älter werden, könnten sie um so länger in ihrer gewohnten Umgebung bleiben, gerade auch dann, wenn beim Neubau der Hauszuschnitt so gewählt werde, dass im Alter die Menschen durch nur wenige Änderungsmaßnahmen ihren Bedürfnissen entsprechend weiterhin zu Hause bleiben können. Insgesamt erfordere die künftige demographische Entwicklung eine langfristige Planung, die allerdings auch kurzfristiges Reagieren auf aktuelle Bedürfnisse ermöglichen sollte. Hierin stimmten alle Podiumsmitglieder abschließend überein.

*Dr. Gabriele Wiegand*



## Entwicklung WBB der Bevölkerungsstruktur in Weingarten, Baden



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Auswertung RVMO

## WBB-Fraktion vor Ort: Besuch des Seniorenzentrum „Haus Edelberg“

Was lange währt wird hoffentlich gut? Seit Bestehen des Seniorenzentrums ist es aufgrund der dezentralen Lage kaum möglich mal eben auf „einen Sprung“ bei unseren Senioren vorbeizuschauen. Es gab in Weingarten sicherlich geeignetere Standorte für ein Altersheim, wo eben dieses möglich gewesen wäre. Freundschaften und Beziehungen müssen gepflegt werden, gerade in einer Situation, wo einschneidende Veränderungen des Lebensumfeldes nicht zu vermeiden sind. Von Altersarmut ist viel die Rede, es gibt da aber auch die Einsamkeit des Alters und gegen die kann beinahe jeder von uns etwas tun. Im Falle Weingarten und dem Haus Edelberg wäre dafür die Voraussetzung eine funktionierende problemlose Erreichbarkeit. Dieses ungelöste Problem war Inhalt eines Artikels in der letzten Ausgabe der Frühstückszeitung. Erfreut waren wir über die Nachricht von Herrn Oberle, der uns in seiner Funktion als Heimleiter aufklärte, dass sich unsere Berichterstattung mit den aktuellen Gegebenheiten überschneiden hatte. Es hat sich etwas getan, inzwischen besteht eine Busverbindung zwischen dem Haus Edelberg und dem Kernort. Die Einladung, sich vor Ort über das Haus Edelberg zu informieren und dabei sämtliche Einrichtungen zu inspizieren, nahm die WBB-Fraktion gerne an.

Seit Februar fährt nun ein Bus vom Seniorenzentrum über die Haltepunkte Rathaus, Rewe -Markt Durlacher Straße, Bahnhof und zurück. Der Fahrplan ermöglicht sich ca. eine Stunde im Einkaufszentrum aufzuhalten. Auf Vorschlag der WBB liegen die Fahrpläne im Bürgerbüro des Rathauses aus und können dort abgeholt werden. Die Gemeinde Weingarten und das Haus Edelberg wird diesen Bus-Pendelverkehr subventionieren, von Seiten der Gemeinde zunächst befristet auf ein halbes Jahr. Dadurch entstehen den Benutzern keine Kosten. In diesem Zeitraum wird dokumentiert, wie hoch die Akzeptanz bei den Heimbewohnern sowie deren Angehörigen oder Freunden ist. Im Klartext bedeutet dies, dass jeder Bürger diesen Bus kostenlos nutzen kann, um die genannte Fahrstrecke zu absolvieren. Die zu beobachtende Resonanz wird schließlich entscheidend über die künftige

Anbindung des Seniorenzentrums zum Kernort sein. Die WBB ist der Ansicht, dass die Gemeinde geradezu verpflichtet ist,

sich bei entsprechender Frequentierung hier zu engagieren. Ohne Zustimmung der damaligen Gemeinderatsbesetzung wäre unser Altersheim nicht an den Ortsrand gebaut worden. Nun müssen wir damit leben und eine Lösung unterstützen.

Es tut sich schon einiges, was die Akzeptanz des Hauses Edelberg und seinen Bewohnern bei den Bürgern Weingartens anbelangt. Mitglieder verschiedener Vereine schauen bei den Jahresfesten nach ihren Vereinsmitgliedern. Bei aktuell ca. 70 Vereinen in Weingarten ist hier noch sehr viel Potenzial vorhanden! Auch finden regelmäßige Gottesdienste statt und doch ist alles noch weiter ausbaufähig. Was auch wir nicht wussten: die Gemeinde Weingarten ist Besitzer und Investor eines Gemeinschaftsraumes, der z.B. von Vereinen genutzt werden kann. Auch eine Möglichkeit diese Einrichtung zu kontaktieren, ohne einen Angehörigen dort zu haben. Herr Oberle gibt über diese Nutzungsmöglichkeit gerne Auskunft. Es gibt viel zu tun - versuchen wir es doch! Derzeit gibt es ehrenamtliche Mitarbeiter, die den Heimbewohnern z.B. die Tageszeitung vorlesen, mit ihnen reden oder einfach nur anwesend sind. Der Bedarf ist groß, z.B. gibt es in Berghausen über zwanzig ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das müsste in Weingarten doch auch möglich sein. Dieses ist auch dringend notwendig, da bei der demografischen Entwicklung mehr Fachkräfte benötigt werden, als vorhanden sind. Urlaub, Krankheit, die Dokumentation jeglicher Tätigkeit („was nicht dokumentiert ist wurde nicht gemacht“) bedeuten ca. 40 – 50 % Ausfall der eigentlichen Arbeitszeit. Es ist mit Sicherheit auch für das Pflegepersonal belastend, dass für den emotionalen und zwischenmenschlichen Bereich nur sehr wenig Zeit verbleibt.

Es gibt über die Angebote im Seniorenzentrum vieles zu berichten, über die Demenzgruppe, wo mit großem Engagement versucht wird, das Leben der Betroffenen zu erleichtern, eben das Leben im Alter lebenswert zu gestalten. Natürlich gibt es auch Bereiche die verbesserungswürdig sind. Ich habe jedenfalls bei einem weiteren Besuch den Eindruck gewonnen, dass daran gearbeitet wird. Nutzen Sie doch bei einem „Tag der offenen Tür“ die Möglichkeit, sich zu informieren. Vielleicht sehen Sie für sich auch eine Möglichkeit sich einzubringen. Ich denke unsere Senioren haben es verdient, dass man sich um sie kümmert. Wir bleiben dran!

Werner Burst



Haus Edelberg in Ortsrandlage

## WBB begrüßt 100. und 101. Mitglied!

Der Zulauf neuer Mitglieder in die mittlerweile 17-jährige Bürgerbewegung hält nach wie vor an. Im Februar erreichte die WBB erstmals eine dreistellige Mitgliederzahl:



Als 100. und 101. Mitglied wurden die Eheleute Birgit und Friedrich Wutzke mit einem Gutschein für den „Anderen Keller“ des CVJM Weingarten in der WBB herzlich willkommen geheißen.

Aktuell gehören unserer Wählervereinigung bereits 108 Mitglieder an, davon alleine 48 Frauen. Damit ist die Bürgerbewegung mit Abstand die größte politische Vereinigung in Weingarten.

Decken sich unsere Ideen, Texte und unsere politische Arbeit mit Ihren Vorstellungen? Dann werden auch Sie Mitglied! Weitere Informationen wie z.B. unsere Satzung finden Sie auf unserer Homepage sowie in unserem offiziellen Facebook-Profil.

Diskutieren und entscheiden Sie mit – wir freuen uns auf Ihre Impulse!

## Mitgliedsantrag der Weingartener Bürgerbewegung

Ich möchte gerne Mitglied der Weingartener Bürgerbewegung werden. Die überarbeitete Satzung vom Sommer 2000 bildet die Grundlage für meine Mitgliedschaft.

→ Vorname: .....

Name: .....

Telefon: .....

Mobil: .....

Straße + Nr.: .....

Emailadresse: .....

Geburtsdatum: .....

Beruf: .....

Den obligatorischen Mitgliedsbeitrag in Höhe von lediglich 15,- € lasse ich durch eine Einzugsermächtigung von meinem Konto jährlich zum Fälligkeitstag abbuchen.

→ Kontonummer .....

BLZ: .....

Bank: .....

Senden Sie den ausgefüllten Antrag zurück an:

Datum/Unterschrift: .....


**WBB – Weingartener Bürgerbewegung**  
**Timo Martin**  
**Nelkenweg 3**  
**76356 Weingarten**

### Impressum

Herausgeber *WBB (Weingartener Bürgerbewegung) / Auflage 4.700 Exemplare*  
 Kontaktadresse *Timo Martin (1. Vorsitzender) Nelkenweg 3, 76356 Weingarten*  
 Redaktion *Hans-Martin Flinspach, Matthias Görner, Franziska Schwarz, Philipp Reichert, Bettina Lichter, Hans Barth, Timo Martin, Dr. Gabriele Wiegand, Werner Burst*  
 Photos *Timo Martin, Friederike Eibler-Kumm*  
 Layout *Ulrike Tillmann*

Bei Fragen und Anregungen *Bettina Lichter, Gemeinderätin und Fraktionsvorsitzende, Tel.: 3409*  
 rufen Sie die WBB- Hotline an: *Hans-Martin Flinspach, Gemeinderat, Tel.: 5327*  
*Timo Martin, Gemeinderat, Tel.: 722596*  
*Hans Barth, Gemeinderat, Tel.: 3219*  
*Werner Burst, Gemeinderat, Tel.: 8916*

Sie finden uns im Internet unter: [www.wbb-weingarten.de](http://www.wbb-weingarten.de), [Fraktion@wbb-weingarten.de](mailto:Fraktion@wbb-weingarten.de)

 auf Facebook: [www.facebook.com/wbb.weingarten](https://www.facebook.com/wbb.weingarten)